

## Bezirkshauptmannschaft Mattersburg

BH Mattersburg, Marktgasse 2, A-7210 Mattersburg

Mattersburg, am 28.04.2025 Sachb.: Karin Perger Telefon: 057 600-4339

Fax: 026 26 / 62 252-4377 E-Mail: bh.mattersburg@bgld.gv.at

Zahl: MA-BA-106-15/21-4

eAkt: Pöttelsdorfer Putenspezialitäten GmbH, Pöttelsdorf

## Kundmachung

Betreff: GewO 1994 - gewerberechtliches Genehmigungsverfahren

Änderung der Betriebsanlage, und Anpassungszwar Erweiterungsmaßnahmen einschließlich Raumwidmungsänderungen, Wesentlichen Herstellung im von Tiernahrungsproduktionsräumen, Adaptierung des Sliceund Convenience-Produktionsraums, Erweiterung um zwei Gaslager und einen Flüssigstickstofftank sowie Anpassung der maschinellen Einrichtungen

Anlageninhaberin: Pöttelsdorfer Putenspezialitäten GmbH,

Edelputenweg 1, 7025 Pöttelsdorf

**Anlage:** Fleischverarbeitungsbetrieb in Form eines Industriebetriebes

Standort: KG Pöttelsdorf, GstNr.: 3071, 3072/1 u. 3073; Edelputenweg 1

Die Pöttelsdorfer Putenspezialitäten GmbH hat um die **gewerberechtliche Genehmigung** für die Änderung der obigen gewerblichen Anlage, und zwar

# Anpassungs- und Erweiterungsmaßnahmen einschließlich Raumwidmungsänderungen, im Wesentlichen

- Herstellung von Tiernahrungsproduktionsräumen anstelle der Schlacht- und Zerlegeräume [EG],
- o Adaptierungsmaßnahmen im Bereich des Sliceraumes [OG] und im Convenience-Produktionsraum [EG] sowie
- Erweiterung um zwei Gaslager und einen Flüssigstickstofftank
- Anpassung der maschinellen Einrichtungen

am Standort <u>KG Pöttelsdorf, GstNr. 3071, 3072/1 u. 3073, Edelputenweg 1, nach Maßgabe des Projektes angesucht.</u>

Zur Behandlung dieses Ansuchens wird eine **mündliche Verhandlung** mit einem Ortsaugenschein anberaumt.

Zeit: Donnerstag, den 15. Mai 2025 um 08:30 Uhr

Ort: Gemeindeamt Pöttelsdorf (7025 Pöttelsdorf, Hauptstraße 64)

#### Rechtsgrundlagen:

§§ 74 bis 83 in Verbindung mit 356 Gewerbeordnung 1994 - GewO 1994, BGBI.Nr. 194/1994 i.d.g.F., sowie §§ 40 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBI.Nr. 51/1991 i.d.g.F.

Die Pläne und sonstigen Behelfe liegen bis zum Verhandlungsvortage beim Gemeindeamt des Betriebsstandortes während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.

Im Sinne des § 42 Abs. 1 AVG verliert eine Person ihre Stellung als Partei, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt.

Beteiligte können selbst kommen oder einen Vertreter entsenden. Der Vertreter muss mit der Sachlage vertraut, voll handlungsfähig und bevollmächtigt sein. Ist der Vertreter eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. Rechtsanwalt, Notar, Wirtschaftstreuhänder), ersetzt die Berufung auf die Bevollmächtigung deren urkundlichen Nachweis. Von einer Vollmacht kann abgesehen werden, wenn die Beteiligten durch Familienmitglieder (Haushaltsangehörige, Angestellte oder Funktionäre von Organisationen), die der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg bekannt sind, vertreten werden und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht. Es besteht auch die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Vertreter zu erscheinen (§ 10 AVG).

Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können zufolge § 356 Abs. 3 GewO 1994 und § 42 AVG nicht berücksichtigt werden.

Eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein minderer Grund trifft, kann binnen 2 Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben.

Bei Versäumung der Verhandlung durch den Antragsteller kann die Verhandlung in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten vertagt werden.

### <u>Parteien, die nichts vorzubringen haben,</u> brauchen zur Verhandlung nicht erscheinen.

Für den Bezirkshauptmann: Karin Perger

